

## **Haushaltsrede der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat der Stadt Weinstadt am 15.02.2011 anlässlich der Verabschiedung des Haushaltplans für das Haushaltsjahr 2011**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Oswald,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Deißler,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung  
sehr geehrte Damen und Herren,

Der Gemeinderat der Stadt Weinstadt hat heute den Haushaltsplan 2010 zu verabschieden. Auch wenn im Vollzug des Haushaltes sich manches vermutlich dann doch etwas anders entwickelt als geplant und erwartet – dies hat ja gerade das vergangene Jahr sehr deutlich gezeigt - so ist doch eines nicht zu bestreiten: Wie in den vergangenen Jahren sind auch mit diesem Haushaltsplan wichtige Weichenstellungen für die künftige Entwicklung und damit für die Zukunftsperspektiven unserer Stadt verbunden.

Bevor ich im Namen der Fraktion der Freien Wähler zu dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans 2011 Stellung beziehe, erlauben Sie mir, mich persönlich und in Namen aller Mitglieder der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat bei allen sehr herzlich zu bedanken, die an diesem Entwurf mitgearbeitet, ihn aufgestellt und beraten haben. Mein Dank gilt hier zu allererst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Ihnen, Herrn Oberbürgermeister Osswald, ebenso aber auch allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die an den gelegentlich kontroversen, insgesamt jedoch konstruktiven Beratungen der vergangenen Wochen über diesen Entwurf beteiligt waren.

Die aktuelle Lage und die mittelfristigen Perspektiven der städtischen Finanzen aus heutiger Sicht wurden von Ihnen Herr Osswald, und Ihnen, Herr Weingärnter, bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs transparent und prägnant dargestellt. Ich denke, eine nochmalige Wiederholung der wesentlichen Kennzahlen dieses Haushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung ist nicht notwendig.

Mit Blick auf die wesentlichen Kennzahlen des Haushaltes 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 bin ich mir allerdings nicht sicher, ob man eher erleichtert oder eher besorgt über die aktuelle Situation und die Perspektiven der städtischen Finanzen sein soll.

Gewiss: Die momentane finanzielle Lage der Stadt und die mutmaßlichen Perspektiven für die städtischen Finanzen auf mittlerer Sicht können niemanden im Gemeinderat, in der Stadtverwaltung und in der Bürgerschaft zufrieden stellen - auch die Mitglieder der Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler natürlich nicht.

Zugleich ist aber festzuhalten, dass die aktuelle Haushaltslage nicht so miserabel ist wie in den vergangenen Monaten gelegentlich prognostiziert wurde - innerhalb und außerhalb des Gemeinderates und nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Für und Wider bestimmter Infrastrukturprojekte. In den vergangenen zwölf Monaten wurden ja auch in Weinstadt wiederholt sehr, sehr düstere Szenarien hinsichtlich der Entwicklung der städtischen Finanzen an die Wand gemalt.

Diese Kassandrarufer waren etwas voreilig. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Weinstadt nicht über die Klippen verantwortbarer Haushaltsstrukturen gestoßen und Weinstadt befindet sich derzeit (noch nicht) auf dem unaufhaltsamen Weg in den Abgrund griechischer Verhältnisse.

Sie hat die Stadt zwar schwer getroffen, aber doch längst nicht so schwer wie noch vor wenigen Monaten von vielen befürchtet - und auch längst nicht so schwer wie viele andere Kommunen in Baden-Württemberg. Außerdem zeigen sich doch für die städtischen Einnahmen erste, allerdings sehr schwache Silberstreifen am Horizont.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre mahnt zwar vor Vorsicht vor allzu großem Optimismus. Aber derzeit gibt es doch gute Gründe dafür, dass sowohl die Gewerbesteuererinnahmen als auch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer ab 2012 wieder steigen werden – jedenfalls sagt dies der Gemeinderat Baden-Württemberg voraus – und es gibt wohl wenig Anlass daran zu zweifeln, dass auch in Weinstadt mit einer solchen Entwicklung zu rechnen ist. Weinstadt ist derzeit zwar hinsichtlich der Einnahmen noch auf dem Weg zur Talsohle, diese ist aber erkennbar und einiges spricht dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung den städtischen Einnahmen ab 2013 einen kleinen Schub geben wird um die Talsohle wieder zu verlassen.

2011 und 2012 wird Weinstadt allerdings nicht umhin kommen, neue Kredite in erheblichem Umfang aufzunehmen und sich damit weiter zu verschulden – während gleichzeitig die Rücklagen abschmelzen. 5,1 Millionen neue Schulden können keine Begeisterung auslösen.

Allerdings sehen auch die Freien Wähler, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Neuverschuldung sogenannte „gute Schulden“ sind. Der sowohl für Wirtschaftsunternehmen als auch für Privathaushalte geltende Grundsatz, dass eine Verschuldung und neue Schulden vertretbar sind, wenn

a) der Schuldendienst noch angemessen gewährleistet ist und vor allem

b) mit den neuen Krediten zum richtigen Zeitpunkt Investitionen finanziert werden, die neue Werte schaffen,

gilt natürlich auch für Kommunen. Für Weinstadt ist es gleichermaßen notwendig und sinnvoll, Investitionen über neue Kredite zu finanzieren, wenn diese nachhaltig werthaltig sind, für und in der Stadt neue (materielle) Werte / Vermögen schaffen und den Wert, d.h. die Attraktivität für Bürger und Betriebe der Stadt, ihre Lebens- und Standortqualität steigern.

Dies gilt aus Sicht der Freien Wähler grundsätzlich für alle Investitionen, für die im Haushalt 2011 die notwendigen Mittel eingestellt sind und die deshalb von der Fraktion der Freien Wähler auch ausdrücklich befürwortet werden. Zu nennen sind hier vor allem die weiteren Brandschutzmaßnahmen an der Reinhold-Nägele-Realschule und am Remstal-Gymnasium, die Tiefbaumaßnahmen im Zusammenhang mit den Ortskernsanierungen in Endersbach und Beutelsbach sowie der Neuordnung des Birkel-Areals.

Noch einmal ausdrücklich befürwortet wird von den Freien Wählern, für den Ausbau der Silcherschule in Endersbach zur Ganztagesgrundschule allein im Haushalt 2011 knapp 2 Millionen Euro und in den Haushalt 2012 noch einmal 1,5 Millionen bereit zu stellen.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Stadt sehr viel in den Ausbau von Betreuungsangeboten im frühkindlichen und vorschulischen investiert hat, ist die Ganztagesgrundschule die sinnvolle, da bedarfsgerechte Ergänzung und Fortführung dieses Betreuungsangebotes – und die notwendige Konsequenz, auf Dauer Eltern nicht einerseits ganztägige Betreuungsangebote für ihre Kindern bis zum Eintritt in die Grundschule anzubieten zu können, und danach die Eltern wieder alleine mit der Frage nach einer befriedigenden nachmittäglichen, auch spätnachmittäglichen Betreuung zu lassen.

Die Tatsache, dass sich die vorgenannten Investitionen zum Teil nur durch Kreditaufnahmen und eine weitere Verschuldung zeitgerecht realisieren lassen, so ist dies aus Sicht der Freien Wähler vertretbar. Gleiches gilt auch für die Erneuerung der Toiletten an der Grundschule Beutelsbach, die nach Einschätzung der Freien Wähler dringend notwendig sind. Die Freien Wähler stimmten daher dem Antrag der CDU zu, diese Maßnahme von 2014 auf 2011 vorzuziehen und hierfür 60.000 Euro zusätzlich in den Haushalt einzustellen.

Zu den Investitionen, die den Wert und Attraktivität einer Stadt und die Lebensqualität in einer Stadt sichern, gehören auch rechtzeitig die richtigen Investitionen zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger und Ihres Eigentums. Die Freien Wähler stehen daher weiter vorbehaltlos dazu, die Planungen für das Regenrückhaltebeckens Schachen in Strümpfelbach voranzutreiben und hierfür auch in 2011 die notwendigen Haushaltsmittel bereit zustellen. Und aus den gleichen Gründen befürworten die Freien Wähler auch, für die Anschaffung eines neuen Einsatzleitwagens für die Feuerwehr in den Haushalt 2011 und 2012 jeweils 50.000 Euro bereit zu stellen. Es waren ja auch die Freie Wähler, die im Verwaltungsausschuss als erste eine solche Anschaffung angeregt haben.

Weitaus größere Sorgen als die Aufnahme neuer Kredite und eine weitere Verschuldung der Stadt in 2011 muss jedoch das gravierende Defizit von mehr als 3 Millionen Euro im laufenden Betrieb, sprich im Verwaltungshaushalt bereiten – insbesondere wenn man sich vor Augen führt, dass in absoluten Zahlen die voraussichtlichen Einnahmen der Stadt aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und aus der Einkommenssteuer im Mehrjahresvergleich so schlecht nun doch nicht sind: Die Einnahmen aus der Grundsteuer werden in 2011 so hoch wie nie zuvor sein, die Gewerbesteuereinnahmen werden laut Prognose den vierhöchsten Stand in der Geschichte der Stadt erreichen und der Gemeindeanteil wird laut Prognose der fünfthöchste Wert sein, der jemals erzielt wurde. Und trotz der Wirtschaftskrise in den vergangenen zwei Jahren werden diese Einnahmen immer noch um 500.00 Euro über den Einnahmen im Jahr 2006 liegen. Im Fünfjahresvergleich relativiert sich das schön-schaurige Bild ein wenig, für die Haushaltslöcher seien zuvörderst gewaltige Steuermindereinnahmen in 2010, 2011 und 2012 verantwortlich.

Für die vom Herrn Oberbürgermeister angekündigten finanziell schwierigen und mageren Jahre 2011 und 2012 sind keineswegs vorrangig die seit 2010 weniger stark sprudelnden Steuereinnahmen verantwortlich. Es ist genau umgekehrt als im Haushaltsplanentwurf bei den Erläuterungen vom Vermögenshaushalt dargestellt wird: Das Defizit im Verwaltungshaushalt ist in erster Linie nicht konjunkturell sondern strukturell begründet. Es sind insbesondere die Ausgaben

des Verwaltungshaushaltes und insbesondere die Ausgaben/Kosten für den Ausbau der Leistungen und Angebote der Stadt für seine Bürgerinnen und Bürger, die hierfür verantwortlich sind.

Besorgniserregend ist jedoch vor allem etwas anderes: Der Haushaltsplanentwurf 2011 sagt für 2012, 2013 und 2014 wieder oder besser gesagt steigende Steuereinnahmen voraus. Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer soll bis 2014 auf dann 13,4 Millionen Euro, dies wäre der zweitbeste Wert in der Geschichte der Stadt.

Nur: Die Deckungslücke im Haushalt wird nach derzeitigem Kenntnisstand dadurch auch nicht geschlossen werden können. Stattdessen ist nach der Prognose des Kämmerers damit zu rechnen, dass in 2012 sich das Loch im Verwaltungshaushalt um weitere 2 Millionen Euro bzw. um 65% vergrößern wird und auch für die Jahre 2013 und 2014 wird es nach derzeitigem Kenntnisstand keine positive Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt geben.

Die Stadt wird aufgrund der Ausgaben im Verwaltungshaushalt nicht nur 2011 von der Substanz leben, sondern auch in 2012, in 2013 und voraussichtlich auch in 2014. Dies ist aus Sicht der Freien Wähler nicht zu verantworten! Denn dies gefährdet die finanzielle Handlungsfähigkeit und damit auch die Zukunftsfähigkeit der Stadt gravierend. Aus unserer Sicht muss bereits im Haushalt 2011 und im Haushaltsjahr 2011 energisch und konsequent und mit Mut auch zu in bestimmten Kreisen der Bürgerschaft weniger populären Maßnahmen gegengesteuert werden.

Was heißt dies für uns konkret?

### **I. Keine neuen Ausgaben - Loch im Verwaltungshaushalt nicht noch vergrößern.**

Die Freien Wähler lehnen mehrheitlich eine weitere Aufstockung des Personals für grundschulbezogene Sozialarbeit ab. Diese Aufstockung bedeutet ja Mehrausgaben im Personalhaushalt von 22.000 Euro – nicht nur 2011 sondern auch in den Folgejahren, mit vermutlich steigender Tendenz. Solche Mehrausgaben sind nicht verantwortbar.

Trotz wiederholter Beteuerungen von verschiedener Seite sieht die Mehrheit der Freien Wähler auch nicht, dass ein vordringlicher Bedarf für den Ausbau der Schulsozialarbeit an den Grundschulen besteht.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Anmerkung an die Adresse der Stadtverwaltung, die ja den Anträgen der CDU und der SPD-Fraktionen auf Aufstockung zustimmt: Es kann nicht sein, dass die Stadt einerseits bewusst darauf verzichtet, sich an einem Programm angemessen zu beteiligen, bei denen die Personalaufwendungen zu 100% vom Land getragen werden und die darauf abzielen, dass erst gar nicht ein Bedarf an Schulsozialarbeit entsteht und andererseits für 22.000 Euro im Jahr aus eigenen Mitteln eine weitere halbe Stelle für die Schulsozialarbeit zu schaffen. Immerhin bestanden ja die besten Chancen, dass in Weinstadt in 2010 statt nur einer (dank Initiative der Evangelischen Kirchengemeinde in Großheppach) gleich vier bis fünf Bildungsk Kooperationen in das Landesförderprogramm „Singen-Bewegen-Sprechen“ aufgenommen worden wäre. Bei fünf Bildungsk Kooperationen wären zwischen 2010 und 2016 insgesamt fast 150.000 Euro und ab 2016 jährlich zwischen 25.000 und 30.000 Euro an Fördermittel in die Stadt geflossen, mit denen pädagogisch sinnvolle Angebote gerade für sozial benachteiligte Kinder zu 100% hätten finanziert werden können. Nachbarkommunen wie Kernen, Waiblingen, Fellbach, Schorndorf und Aichwald haben diese Chance besser zu wissen genutzt.

## **II. Einnahmen der Stadt – Alle Potentiale angemessen aktivieren, dabei Solidarprinzip beachten!**

- (1) Zur Konsolidierung des Haushaltes ist aus Sicht der Freien Wähler unerlässlich, dass die Stadt in 2011 und ebenso in den Folgejahren alle Potentiale zur Einnahmeverbesserung konsequent aktiviert – unter der Maßgabe, dass
  - diese Aktivierung das Solidarprinzip in der Bürgerschaft, das heißt zwischen den Stadtteilen, den Generationen und den verschiedenen Gruppen in der Bürgerschaft nicht überstrapaziert, und
  - die Attraktivität Weinstadt für Bürger und Betriebe und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadt - nicht ernsthaft in Frage gestellt wird.

- (2) Weitere Erhöhungen der Grundsteuer oder der Gewerbesteuer sind deshalb für die Freien Wähler ausgeschlossen – auf längere Sicht.

- (3) Die Freien Wähler fordern die Stadtverwaltung auf, noch energischer und langfristig vorausschauend sich um die Akquisition von Fördermitteln zu bemühen. Konkret fordern sie Stadtverwaltung auf, zum Beispiel bei einer Neuausschreibung des bereits erwähnten Landesförderprogramms „Singen-Bewegen-Sprechen“ alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit Weinstadt möglichst vieler neuer Standorte für Bildungsk Kooperationen wird.

Da es sich bei dem Programm unter anderem auch um eine Sprachförderprogramm handelt, bieten sich durch das Programm die Chance, (1) durch Mittel des Landes die bislang von der Stadt zu tragenden Personalausgaben für die Sprachförderung (in 2011 immerhin 23.000 Euro) und die nachmittägliche Betreuung in der künftigen Ganztageschule in einem beträchtlichen Umfang zu finanzieren – immerhin ist das Programm eines der wenigen Landesprogramme, bei denen auf Dauer das Land 100% der Personalausgaben übernimmt.

- (4) Eine Erhöhung der kommunalen Steuern und Abgaben und damit der Belastung der Bürger zu fordern ist niemals etwas, was man gerne fordert.

Die Mehrheit der Freien Wähler ist allerdings der Auffassung, dass zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt nicht nur sinnvoll sondern auch gerechtfertigt ist, die Hundesteuer möglichst bald zu erhöhen. Immerhin wendet die Stadt nicht unerhebliche Mittel für Hundetoiletten und die Reinigung von Spielplätzen, öffentlichen Grünflächen und anderen städtischen Flächen auf. Zu dieser Reinigung gehört auch die Beseitigung von Hundekot. Und diese Kosten steigen nicht nur inflationsbedingt stetig. Wie in anderen Bereichen auch sollte deshalb hier das Verursacherprinzip zur Anwendung kommen und die Hundehalter sich in einem angemessenen und zugleich belastbaren Umfang an diesen Kosten beteiligen.

Wir beantragen deshalb die Erhöhung der Hundesteuer um 10% - zum nächst möglichen Zeitpunkt.

- (5) Zugleich beantragen die Freien Wähler eine Bestandserhebung, wie viele steuerpflichtige Hunde es in Weinstadt überhaupt gibt um bei der Erhebung der Hundesteuer eine größere Steuergerechtigkeit herzustellen. Die von der Verwaltung für eine solche Bestandserhebung veranschlagten Kosten von 10.000 Euro sind ohne nähere Erläuterung nicht nachvollziehbar. Wir sind der Meinung, dass sich eine solche Bestandserhebung mit deutlich geringeren Kosten

realisieren lässt. Einen entsprechenden Vorschlag habe ich ja bereits der Verwaltung zugeleitet und er liegt zwischenzeitlich auch allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates vor.

- (6) Zur Finanzierung der notwendigen Investition eines Einsatzleitwagens für die Feuerwehr, die allen Bürgern zu Gute kommt, beantragen die Freien Wähler eine Erhöhung der Vergnügungssteuer von 18% auf 24%. Die Freien Wähler begrüßen, dass auch die SPD-Fraktion die Notwendigkeit einer Erhöhung sieht.

Erstaunt sind Freien Wähler über die Begründung, mit der die Stadtverwaltung eine Ablehnung des Antrages empfiehlt. Nach einschlägiger Literatur und höchstrichterlicher Rechtsprechung gibt es überhaupt keine festen Maßstäbe, an denen eine Erdrosselungswirkung der Vergnügungssteuer abgelesen werden kann. Es ist aus Sicht der Freien Wähler derzeit überhaupt nicht erkennbar, dass eine Erhöhung auf 24% grundsätzlich eine erdrosselnde Wirkung haben wird.

Überdies ist es nach meinem Kenntnisstand so, dass nach geltender Rechtsprechung der Nachweis über eine erdrosselnde Wirkung der gemeindlichen Vergnügungssteuer nicht von der Kommune, sondern von dem betroffenen Unternehmen zu führen ist. Es ist nicht notwendig und nicht Aufgabe der Stadt, prophylaktisch und anstelle der betroffenen Unternehmen diesen Nachweis zu erbringen

- (7) Die von den Stadtwerken vorgeschlagene Erhöhung des Wasserpreises stimmen die Freien Wähler zu. Im Vergleich zur Erhöhung der Strompreise bei der ENBW und vielen anderen Stromanbieter ist die Erhöhung sehr maßvoll.

### **III. Ausbau der Leistungen bedeutet steigende Kosten und höhere Mittelbedarf**

- (1) Weinstadt hat in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ seine Leistungen bzw. Angebote für seine Bürger ganz erheblich ausgebaut. Dies gilt insbesondere für den Bereich der vorschulischen Bildung und Betreuung. Die Standards und der Umfang der kommunalen Daseinsvorsorge in Weinstadt sind vergleichsweise hoch. Und die Stadt wird in den kommenden Jahren seine Leistungen weiter ausbauen und ausbauen müssen – vor allem aufgrund der gesetzlichen Vorgaben im Bereich der vorschulischen Betreuung, aufgrund eines steigenden Bedarfs aber vermutlich auch in der Ganztagesbetreuung an den Grundschulen.
- (2) Bereits die derzeitigen städtischen Leistungen und Angebote für die Bürger werden aufgrund der üblichen Kostensteigerungen, insbesondere im Personalbereich, für die Stadt bzw. den städtischen Haushalt mit steigenden Ausgaben verbunden sein. Und der weitere Ausbau von Leistungen und Angebote bedeutet auch neue dauerhaft bleibende und stetig steigende Betriebskosten, die aus dem Verwaltungshaushalt zu finanzieren sind und diesen zusätzlich belasten werden.
- (3) Die Finanzierung der Ausgabensteigerungen aufgrund der derzeitigen und künftiger weiteren Leistungen können aus Sicht der Freien Wähler nicht ausschließlich auf alle Bürger (in Form weiter steigenden Steuern) oder künftige Generationen (in Form einer weiteren Verschuldung) umgelegt werden.

Und ich halte es für einen sehr frommen Wunsch, dass die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren so steigen werden, dass durch die Mehreinnahmen alle Ausgabensteigerungen gedeckt werden.

- 
- (4) Wenn die Kosten für bestimmte Leistungen und Angebote der Stadt steigen, müssen auch gerade diejenigen in der Bürgerschaft, die diese Leistungen und Angebote in Anspruch nehmen, einen Teil dieser Kostensteigerungen übernehmen – sozialverträglich, aber angemessen und so, dass das Solidarprinzip in der Bürgerschaft nicht überstrapaziert wird.
  - (5) Aus Sicht der Freien Wähler wird der Gemeinderat deshalb nicht umhin kommen, in 2011 / 2012 mit Blick auf die Haushaltslöcher über weitere Gebührenerhöhungen zumindest zu diskutieren. - unvoreingenommen, tabufrei und unaufgeregt.

#### **IV. Ausgaben kürzen – Ausgabensteigerungen drosseln**

- (1) Solche Gebührenerhöhungen in größerem Umfang werden sich meines Erachtens nur vermeiden lassen, wenn es gelingt, Ausgabensteigerungen zu drosseln und Ausgaben weiter zu senken – auch um den Preis, Investitionen und den Ausbau bestimmter Leistungen / Angebote der Stadt zu verschieben sowie Leistungen einzuschränken
- (2) Natürlich kann dies nur in einem angemessenen Maße und sozialverträglich geschehen und so, dass
  - die Attraktivität der Stadt für Bürger und Betriebe nicht ernsthaft beschädigt und
  - das Solidarprinzip in der Bürgerschaft nicht überstrapaziert wird und vor allem jene Gruppen in der Bürgerschaft belastet werden, die im besonderen Maße zur Attraktivität der Stadt für Bürger und Betriebe beitragen und über Grund- und Gewerbesteuer sich maßgeblich an der Finanzierung der städtischen Leistungen beteiligen.
- (3) Aber wir werden nicht umhin kommen, durch entsprechende Maßnahmen 2011/2012 die Ausgabensteigerungen drosseln und Ausgaben / Kosten zu senken. Die Freien Wähler sind für alle Vorschläge für weitere Ausgabenkürzungen offen und werden in dieser Hinsicht auch Entscheidungen mittragen, die in der gesamten Bürgerschaft oder bei bestimmten Gruppen unpopulär sind.
- (4) Sicherlich wird man hier im Gemeinderat und mit allen Akteuren auch einmal darüber diskutieren, ob und in welchem Umfang künftig Weihnachtsbeleuchtungen in den einzelnen Stadtteilen zur Attraktivität Weinstadt für seine und die Bürger der Umlandgemeinden beitragen kann und soll. Bei der Frage, wo es Einsparungen geben kann, darf es keine Tabus geben. Was jedoch aus Sicht der Freien Wähler nicht sein kann, ist beim Thema Ausgabenkürzung zu allererst und ausschließlich eine Kürzung der Zuschüsse an den Bds und die HGVs für die Weihnachtsbeleuchtung zu fordern und damit einseitig jene zu belasten, die maßgeblich, mit eigenen finanziellen Mitteln und mit hohem ehrenamtlichen Engagement sich dafür einsetzen, dass Weinstadt diese Attraktivität hat und behält.

Dies wäre ein grundfalsches Signal an die Bürgerschaft! Und es kann auch nicht sein, auf der einen Seite eine Einsparung von 8.000 Euro durch einen Austritt aus der Kunstschule nicht zu wollen, auf der anderen Seite jedoch 15.000 Euro mit dem Risiko einer wirtschaftlichen Schädigung des Einzelhandels in Weinstadt zu befürworten. Die Freien Wähler lehnen daher den entsprechenden Antrag der GOL einhellig ab.
- (5) Wenn wir hier im Gemeinderat in 2011 und 2012 über künftige Zuschüsse der Stadt zur Weihnachtsbeleuchtung des BdS sprechen, muss dies nach Auffassung der Freien Wähler im

Zusammenhang mit der der Frage, welche anderen / weiteren Ausgabenkürzungen möglich, bedarfsgerecht und politisch und sozial vertretbar sind.

- (6) Bei den Beratungen in der Fraktion haben die Freien Wähler durchaus darüber nachgedacht, einen Beförderungsstopp vorzuschlagen / zu beantragen um auf diese Weise den Anstieg der Personalkosten zu drosseln und den Verwaltungshaushalt (ein wenig) zu entlasten. Die Freien Wähler haben jedoch sehr bewusst von dieser Idee wieder Abstand genommen. Ein Beförderungsstopp wäre ein gänzlich falsches Signal an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und auch an die Bürgerschaft wäre. Wir sind der Auffassung, dass damit die Verwaltung in 2011 bereits einen vorbildlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten wird. Trotz tarifbedingter Erhöhungen von Gehältern, Besoldungen und Versorgungsumlagen sinken die Personalkosten der Verwaltung um ca. 90.000 Euro – ein stolzer Betrag und das Ergebnis einer Verschlinkung der Verwaltung, die hohe Anerkennung verdient. Diese Verschlinkung bedeutet für die Mitarbeiter eine weitere Arbeitsverdichtung, zahlreiche neue Aufgaben für die Stadt zusätzliche Arbeitsbelastungen. Ein Beförderungsstopp wäre Ausdruck mangelnden Respekts für die Leistungen und das Engagement der Mitarbeiter – und ist deshalb abzulehnen.
- (7) Ich habe ab anderer Stelle darauf hingewiesen, dass für die Freien Wähler Investitionen in die Infrastruktur und die Daseinsvorsorge notwendig und wichtig sind, wenn diese wirklich werthaltig sind, für und den Wert Weinstadt, sprich seine Attraktivität für Bürger und Betriebe steigern. Dann ist es aus unserer Sicht auch vertretbar, wenn solche Investitionen ganz oder teilweise durch Kredite finanziert werden.
- (8) Ich habe aber auch gesagt, dass eine weitere Verschuldung aufgrund kreditfinanzierte Investitionen dann vertretbar ist, wenn die Investitionen zum richtigen Zeitpunkt erfolgen. Was ist ein richtiger Zeitpunkt? Er ist dann richtig, wenn
- zum einen eine Investition tatsächlich auf einen dringenden Bedarf reagiert und
  - zum anderen die Investitionen nicht die Kommune finanziell überfordern.
- (9) Auch Unternehmen planen und realisieren große, mit einem hohen Finanzierungsaufwand verbundene Investitionen in der Regel nacheinander und nicht parallel und sie bemühen sich Investitionen immer zu dem für das Unternehmen und seine Ressourcen günstigsten Zeitpunkt zu realisieren.
- Die Stadt Weinstadt sollte, ja muss sich an dieser Maxime erfolgreichen unternehmerischen Handelns ein Beispiel nehmen – gerade mit Blick auf die Schieflage des Haushaltes 2011, auf die in dieser Hinsicht noch unerfreulicheren Perspektiven für 2012 sowie auf die Perspektiven für 2013.
- (10) Die Liste der Investitionen, die laut Haushaltsplanentwurf in 2011 umgesetzt werden sollen oder mit deren Umsetzung begonnen werden soll, ist lang und beeindruckend. Jede dieser Investitionen ist für sich genommen richtig und wichtig und müssen in naher Zukunft umgesetzt werden. Daran besteht überhaupt kein Zweifel.
- (11) Zugleich kann man jedoch nicht die finanzpolitischen Realitäten ignorieren und die zeigen sehr deutlich, dass Weinstadt derzeit und auch 2012 nicht die finanzielle Ressourcen hat, um
- a. tatsächlich sämtliche geplanten Investitionen zum Ausbau seiner Leistungen / Angebote zeitlich parallel umzusetzen, und vor allem



- 
- b. bereits 2012-2014 aus dem Verwaltungshaushalt die Folgekosten dieser Investitionen zu finanzieren – das heißt die Kosten für Zins und Tilgung und insbesondere die Kosten des laufenden Betriebes für die neu geschaffenen / ausgebauten Leistungen.
- (12) Dies wäre unter Umständen nur möglich, wenn an anderer Stelle im Haushalt massiv Ausgaben zurückgefahren und Ausgabensteigerungen gedrosselt würden und/oder dadurch finanzielle Spielräume geschaffen werden könnten.
- (13) Solange dies nicht geschieht und solange der Gemeinderat nicht mit breiter Mehrheit entsprechende Entscheidungen nicht trifft, die sicherlich in jedem Fall schmerzlich und unpopulär sein werden, solange müssen bei der Umsetzung von Investitionen Prioritäten gesetzt werden und notgedrungen bestimmte geplanter und wichtiger Maßnahmen vorübergehend zurückgestellt bzw. verschoben werden.
- (14) Nochmals: Es sind weniger die Investitionen für den Ausbau von städtischen Leistungen selbst, die finanziell derzeit nicht vollumfänglich von der Stadt zu bewältigen sind, sondern die Betriebskosten für diese zusätzlichen Leistungen der Stadt, die in den mageren Jahren von denen der Oberbürgermeister spricht, nicht zu schultern sind.
- (15) Welche mit größerem Finanzierungsvolumen verbundenen Investitionen für die Freien Wähler Priorität haben, habe ich eingangs bereits dargelegt. Alle weiteren geplanten größeren Investitionen, die solche Folgekosten produzieren, müssen aus unserer Sicht zurückgestellt werden.
- (16) Die Fraktion der Freien Wähler beantragt deshalb,
- a. die im Investitionsprogramm für 2011 vorgesehenen baulichen Maßnahmen im Kindergarten Benzach zur Schaffung von 10 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren von 2011 auf 2012 zu verschieben und
- b. die dort für 2012 vorgesehenen Zuschuss für die Baumaßnahmen im Kindergarten Stubenweg in Großheppach zur Schaffung von 10 weiteren U3-Betreuungsplätzen von 2012 auf 2013 verschieben.
- (17) Diese Verschiebung zu beantragen ist den Freien Wählern nicht leicht gefallen, dass sie wissen, wie wichtig die Schaffung weiterer U3-Betreuungsplätze und wie hoch der Bedarf ist. So schmerzhaft eine Verschiebung auch ist, so ist sie aus Sicht der Freien Wähler jedoch angesichts der Haushaltslage der Stadt unumgänglich und sachlich vertretbar:
- a. Vertretbar ist aus Sicht der Freien Wähler eine Verschiebung nicht zuletzt mit Blick auf die bisherigen Leistungen und das vergleichsweise umfangreiche Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahre, das schon derzeit in Weinstadt existiert. Bereits gegenwärtig sind für ca. 23% der in Weinstadt lebenden Kinder unter drei Jahren in Weinstadt Betreuungsplätze vorhanden. Im Vergleich zu anderen Kommunen in der näheren und weiteren Umgebung, im Verhältnis zur Nachfrage und den finanziellen Potentialen der Stadt hat Weinstadt damit bereits heute ein überdurchschnittlich gutes Angebot an Betreuungsplätzen.
- b. Vertretbar ist eine Verschiebung der Baumaßnahmen und der Einrichtung weiterer Betreuungsplätze aus Sicht der Freien Wähler auch deshalb, weil die Vorgaben des Gesetzgebers dadurch nicht verletzt werden, dass die Kommunen bis Ende 2013 für 35%

der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anzubieten. Dies ist durch eine Verschiebung grundsätzlich zu erreichen.

- c. Wir weisen außerdem darauf hin, dass nach der jüngsten Einschätzung des Deutschen Städtetages sowie nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalens zum Konnexitätsprinzip in der Kinderbetreuung davon auszugehen ist, dass in 2013 und 2014 möglicherweise von Seiten des Bundes und des Landes zusätzliche Investitionshilfen für diejenigen Kommunen zur Verfügung gestellt werden müssen, die bis dahin noch nicht die Quote von 35% erreicht haben. Eine Verschiebung der Baumaßnahmen hätte somit möglicherweise für die Stadt auch finanzielle Vorteile und eine zusätzliche Entlastungswirkung

Herr Oberbürgermeister Osswald und Herr Kämmerer Weingärtner haben bei der Einbringung des Haushaltes davon gesprochen, dass Weinstadt sich 2011 und 2012 auf finanziell magere Jahre einzustellen hat. Nun, 2011 wird zweifelsohne ein mageres Jahr werden.

Nur was 2012 und die Folgejahre betrifft, muss ich Ihnen leider widersprechen. Meines Erachtens wird 2012 für die Stadt Weinstadt finanziell kein mageres Jahr werden, sondern (um im Bild zu bleiben) ein Hungerjahr – sofern nicht dieser Gemeinderat nicht in 2011 durch die entsprechenden Maßnahmen gegensteuert. Mit ihren Anträgen zu den Steuererhöhungen und vor allem zur Verschiebung der Investitionen zur Schaffung von weiteren 20 U3-Betreuungsplätzen von 2011/2012 auf 2012/2013 legen die Freien Wähler entsprechende konkrete Vorschläge auf den Tisch. Ebenso sind sie bereit, an weiteren Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung mitzuwirken – zum Wohle der Stadt, seiner Bürger und künftiger Generationen.

Weinstadt steht 2011 ein mageres Jahr und 2012 ein Hungerjahr bevor. Sorgen wir alle dafür, dass wir deshalb die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt nicht überfordern. Denn andernfalls wird sich die Stadt schon in wenigen Jahren nur noch, bildlich gesprochen, eine Mangelernährung leisten können – und wohin die auf Dauer führt, kann sich jeder ausmalen: Zur Unterernährung, und eine unterernährte, abgemagerte Kommune, die nur von den Reserven früheren Wohlstandes lebt, ist für Bürger und Betriebe ebenso wenig anziehend wie ein unterernährter Mensch.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Rolf Weller, Vorsitzender der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat der Stadt Weinstadt*